Amtliche Abkürzung:	StBVV	**Quelle:**	juris
Ausfertigungsdatum:	17.12.1981		
Gültig ab:	01.04.1982		
Dokumenttyp:	Rechtsverordnung	**Fundstelle:**	BGBl I 1981, 1442
		FNA:	FNA 610-10-7

Vergütungsverordnung für Steuerberater, Steuerbevollmächtigte und Berufsausübungsgesellschaften Steuerberatervergütungsverordnung

Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 14.12.2024 bis 30.06.2025

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 V v. 31.3.2025 I Nr. 105

Fußnoten

(+++ Textnachweis ab: 1.4.1982 +++)

Überschrift: Kurzbezeichnung u. Abkürzung idF d. Art. 5 Nr. 1 V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012; Bezeichnung idF d. Art. 30 Nr. 1 G v. 9.7.2021 I 2363 mWv 1.8.2022

Eingangsformel

Auf Grund des § 64 des Steuerberatungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735) wird nach Anhörung der Bundessteuerberaterkammer mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 1 Anwendungsbereich

(1) [1]Die Vergütung (Gebühren und Auslagenersatz) des Steuerberaters mit Sitz im Inland für seine im Inland selbständig ausgeübte Berufstätigkeit (§ 33 des Steuerberatungsgesetzes) bemisst sich nach dieser Verordnung. [2]Dies gilt für die Höhe der Vergütung nur, soweit nicht etwas anderes vereinbart wird.

(2) Für die Vergütung der Steuerbevollmächtigten und der Berufsausübungsgesellschaften gelten die Vorschriften über die Vergütung der Steuerberater entsprechend.

Fußnoten

§ 1 Abs. 1: IdF d. Art. 9 Nr. 1 V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 1 Abs. 2: IdF d. Art. 30 Nr. 2 G v. 7.7.2021 I 2363 mWv 1.8.2022

§ 2 Sinngemäße Anwendung der Verordnung

Ist in dieser Verordnung über die Gebühren für eine Berufstätigkeit des Steuerberaters nichts bestimmt, so sind die Gebühren in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung zu bemessen.

§ 3 Auslagen

(1) Mit den Gebühren werden auch die allgemeinen Geschäftskosten entgolten.

(2) Der Anspruch auf Zahlung der auf die Vergütung entfallenden Umsatzsteuer und auf Ersatz für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen zu zahlende Entgelte, der Dokumentenpauschale und der Reisekosten bestimmt sich nach den §§ 15 bis 20.

Fußnoten

§ 3 Überschrift: IdF d. Art. 9 Nr. 2 Buchst. a V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 3 Abs. 1: Früherer Abs. 1 aufgeh., früherer Abs. 2 jetzt Abs. 1 gem. Art. 9 Nr. 2 Buchst. b u. c V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 3 Abs. 2 (früher Abs. 3): IdF d. Art. 1 Nr. 1 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998 u. d. Art. 15 Nr. 1 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007; jetzt Abs. 2 gem. Art. 9 Nr. 2 Buchst. c V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016

§ 4 Vereinbarung der Vergütung

(1) [1]Aus einer Vereinbarung kann der Steuerberater eine höhere als die gesetzliche Vergütung nur fordern, wenn die Erklärung des Auftraggebers in Textform abgegeben ist. [2]Ist das Schriftstück nicht vom Auftraggeber verfasst, muss

1. das Schriftstück als Vergütungsvereinbarung oder in vergleichbarer Weise bezeichnet sein,
2. das Schriftstück von anderen Vereinbarungen mit Ausnahme der Auftragserteilung deutlich abgesetzt sein und darf nicht in der Vollmacht enthalten sein.

[3]Art und Umfang des Auftrags nach Satz 2 sind zu bezeichnen. [4]Hat der Auftraggeber freiwillig und ohne Vorbehalt geleistet, kann er das Geleistete nicht deshalb zurückfordern, weil seine Erklärung den Vorschriften der Sätze 1 bis 3 nicht entspricht.

(2) Ist eine vereinbarte Vergütung unter Berücksichtigung aller Umstände unangemessen hoch, so kann sie im Rechtsstreit auf den angemessenen Betrag bis zur Höhe der sich aus dieser Verordnung ergebenden Vergütung herabgesetzt werden.

(3) [1]In außergerichtlichen Angelegenheiten kann eine niedrigere als die gesetzliche Vergütung unter den Formerfordernissen des Absatzes 1 vereinbart werden. [2]Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Steuerberaters stehen.

(4) Der Steuerberater hat den Auftraggeber in Textform darauf hinzuweisen, dass eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden kann.

Fußnoten

§ 4 Abs. 1: IdF d. Art. 9 Nr. 3 Buchst. a V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 4 Abs. 3 u. 4: Eingef. durch Art. 9 Nr. 3 Buchst. b V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016

§ 5 Mehrere Steuerberater

Ist die Angelegenheit mehreren Steuerberatern zur gemeinschaftlichen Erledigung übertragen, so erhält jeder Steuerberater für seine Tätigkeit die volle Vergütung.

§ 6 Mehrere Auftraggeber

(1) Wird der Steuerberater in derselben Angelegenheit für mehrere Auftraggeber tätig, so erhält er die Gebühren nur einmal.

(2) [1]Jeder Auftraggeber schuldet dem Steuerberater die Gebühren und Auslagen, die er schulden würde, wenn der Steuerberater nur in seinem Auftrag tätig geworden wäre. [2]Der Steuerberater kann aber insgesamt nicht mehr fordern als die nach Absatz 1 berechneten Gebühren und die insgesamt entstandenen Auslagen.

Fußnoten

§ 6 Abs. 2 Satz 2: IdF d. Art. 30 Nr. 3 G v. 7.7.2021 I 2363 mWv 1.8.2022

§ 7 Fälligkeit

Die Vergütung des Steuerberaters wird fällig, wenn der Auftrag erledigt oder die Angelegenheit beendigt ist.

§ 8 Vorschuß

Der Steuerberater kann von seinem Auftraggeber für die entstandenen und die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen einen angemessenen Vorschuß fordern.

§ 9 Berechnung

(1) [1]Der Steuerberater kann die Vergütung nur aufgrund einer von ihm oder auf seine Veranlassung dem Auftraggeber mitgeteilten Berechnung fordern; die Berechnung bedarf der Textform. [2]Der Lauf der Verjährungsfrist ist von der Mitteilung der Berechnung nicht abhängig.

(2) [1]In der Berechnung sind die Beträge der einzelnen Gebühren und Auslagen, die Vorschüsse, eine kurze Bezeichnung des jeweiligen Gebührentatbestands, die Bezeichnung der Auslagen sowie die angewandten Vorschriften dieser Gebührenverordnung und bei Wertgebühren auch der Gegenstandswert anzugeben. [2]Nach demselben Stundensatz berechnete Zeitgebühren können zusammengefaßt werden. [3]Bei Entgelten für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen genügt die Angabe des Gesamtbetrages.

(3) Hat der Auftraggeber die Vergütung gezahlt, ohne die Berechnung erhalten zu haben, so kann er die Mitteilung der Berechnung noch fordern, solange der Steuerberater zur Aufbewahrung der Handakten nach § 66 des Steuerberatungsgesetzes verpflichtet ist.

Fußnoten

§ 9 Abs. 1: IdF d. Art. 8 Nr. 1 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 9 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 1 V v. 11.12.2024 I Nr. 411 mWv 14.12.2024
§ 9 Abs. 1 Satz 2: Früherer Satz 2 u. 3 aufgeh., früherer Satz 4 jetzt Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 2 V v. 11.12.2024 I Nr. 411 mWv 14.12.2024
§ 9 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 9 Abs. 2 Satz 3: IdF d. Art. 1 Nr. 2 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 9 Abs. 3: IdF d. Art. 30 Nr. 4 G v. 7.7.2021 I 2363 mWv 1.8.2022

Zweiter Abschnitt Gebührenberechnung

§ 10 Wertgebühren

(1) [1]Die Wertgebühren bestimmen sich nach den dieser Verordnung als Anlage beigefügten Tabellen A bis D. [2]Sie werden nach dem Wert berechnet, den der Gegenstand der beruflichen Tätigkeit hat. [3]Maßgebend ist, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, der Wert des Interesses.

(2) In derselben Angelegenheit werden die Werte mehrerer Gegenstände zusammengerechnet; dies gilt nicht für die in den §§ 24 bis 27, 30, 35 und 37 bezeichneten Tätigkeiten.

Fußnoten

§ 10 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 8 Nr. 2 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

§ 11 Rahmengebühren

[1]Ist für die Gebühren ein Rahmen vorgesehen, so bestimmt der Steuerberater die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der beruflichen

Tätigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Auftraggebers, nach billigem Ermessen. [2]Ein besonderes Haftungsrisiko des Steuerberaters kann bei der Bemessung herangezogen werden. [3]Bei Rahmengebühren, die sich nicht nach dem Gegenstandswert richten, ist das Haftungsrisiko zu berücksichtigen. [4]Ist die Gebühr von einem Dritten zu ersetzen, ist die von dem Steuerberater getroffene Bestimmung nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist.

Fußnoten

§ 11: IdF d. Art. 15 Nr. 5 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 12 Abgeltungsbereich der Gebühren

(1) Die Gebühren entgelten, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, die gesamte Tätigkeit des Steuerberaters vom Auftrag bis zur Erledigung der Angelegenheit.

(2) Der Steuerberater kann die Gebühren in derselben Angelegenheit nur einmal fordern.

(3) Sind für Teile des Gegenstandes verschiedene Gebührensätze anzuwenden, so erhält der Steuerberater für die Teile gesondert berechnete Gebühren, jedoch nicht mehr als die aus dem Gesamtbetrag der Wertteile nach dem höchsten Gebührensatz berechneten Gebühr.

(4) Auf bereits entstandene Gebühren ist es, soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, ohne Einfluß, wenn sich die Angelegenheit vorzeitig erledigt oder der Auftrag endigt, bevor die Angelegenheit erledigt ist.

(5) [1]Wird der Steuerberater, nachdem er in einer Angelegenheit tätig geworden war, beauftragt, in derselben Angelegenheit weiter tätig zu werden, so erhält er nicht mehr an Gebühren, als er erhalten würde, wenn er von vornherein hiermit beauftragt worden wäre. [2]Ist der frühere Auftrag seit mehr als zwei Kalenderjahren erledigt, gilt die weitere Tätigkeit als neue Angelegenheit.

(6) Ist der Steuerberater nur mit einzelnen Handlungen beauftragt, so erhält er nicht mehr an Gebühren, als der mit der gesamten Angelegenheit beauftragte Steuerberater für die gleiche Tätigkeit erhalten würde.

Fußnoten

§ 12 Abs. 5 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 3 V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998

§ 13 Zeitgebühr

[1]Die Zeitgebühr ist zu berechnen

1. in den Fällen, in denen diese Verordnung dies vorsieht,
2. wenn keine genügenden Anhaltspunkte für eine Schätzung des Gegenstandswerts vorliegen; dies gilt nicht für Tätigkeiten nach § 23 sowie für die Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren (§ 40), im Verwaltungsvollstreckungsverfahren (§ 44) und in gerichtlichen und anderen Verfahren (§§ 45, 46).

[2]Sie beträgt 30 bis 75 Euro je angefangene halbe Stunde.

Fußnoten

§ 13 Satz 1 Nr. 2: IdF d. Art. 15 Nr. 6 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 13 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 4 V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 2 G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002, d. Art. 5 Nr. 2 V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 8 Nr. 3 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

§ 14 Pauschalvergütung

(1) [1]Für einzelne oder mehrere für denselben Auftraggeber laufend auszuführende Tätigkeiten kann der Steuerberater eine Pauschalvergütung vereinbaren. [2]Die Vereinbarung ist in Textform und für ei-

nen Zeitraum von mindestens einem Jahr zu treffen. [3]In der Vereinbarung sind die vom Steuerberater zu übernehmenden Tätigkeiten und die Zeiträume, für die sie geleistet werden, im einzelnen aufzuführen.

(2) Die Vereinbarung einer Pauschalvergütung ist ausgeschlossen für

1. die Anfertigung nicht mindestens jährlich wiederkehrender Steuererklärungen;
2. die Ausarbeitung von schriftlichen Gutachten (§ 22);
3. die in § 23 genannten Tätigkeiten;
4. die Teilnahme an Prüfungen (§ 29);
5. die Beratung und Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren (§ 40), im Verwaltungsvollstreckungsverfahren (§ 44) und in gerichtlichen und anderen Verfahren (§ 45).

(3) Der Gebührenanteil der Pauschalvergütung muß in einem angemessenen Verhältnis zur Leistung des Steuerberaters stehen.

Fußnoten

§ 14 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 7 Nr. 1 V v. 12.7.2017 I 2360 mWv 20.7.2017 § 14 Abs. 2 Nr. 5: IdF d. Art. 15 Nr. 7 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

Dritter Abschnitt Umsatzsteuer, Ersatz von Auslagen

§ 15 Umsatzsteuer

[1]Der Vergütung ist die Umsatzsteuer hinzuzurechnen, die nach § 12 des Umsatzsteuergesetzes auf die Tätigkeit entfällt. [2]Dies gilt nicht, wenn die Umsatzsteuer nach § 19 Abs. 1 des Umsatzsteuergesetzes unerhoben bleibt.

§ 16 Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen

[1]Der Steuerberater hat Anspruch auf Ersatz der bei der Ausführung des Auftrags für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen zu zahlenden Entgelte. [2]Er kann nach seiner Wahl an Stelle der tatsächlich entstandenen Kosten einen Pauschsatz fordern, der 20 Prozent der sich nach dieser Verordnung ergebenden Gebühren beträgt, in derselben Angelegenheit jedoch höchstens 20 Euro.

Fußnoten

§ 16 Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 16 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 5 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 16 Satz 2: IdF d. Art. 15 Nr. 8 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 17 Dokumentenpauschale

(1) [1]Der Steuerberater erhält eine Dokumentenpauschale

1. für Ablichtungen
   a) aus Behörden- und Gerichtsakten, soweit deren Herstellung zur sachgerechten Bearbeitung der Angelegenheit geboten war,
   b) zur Mitteilung an Gegner oder Beteiligte und Verfahrensbevollmächtigte auf Grund einer Rechtsvorschrift oder nach Aufforderung durch das Gericht, die Behörde oder die sonst das Verfahren führende Stelle, soweit hierfür mehr als 100 Ablichtungen zu fertigen waren,

c) zur notwendigen Unterrichtung des Auftraggebers, soweit hierfür mehr als 100 Ablichtungen zu fertigen waren,

d) in sonstigen Fällen nur, wenn sie im Einverständnis mit dem Auftraggeber zusätzlich, auch zur Unterrichtung Dritter, angefertigt worden sind und

2. für die Überlassung elektronischer Dokumente an Stelle der in Nummer 1 Buchstabe d genannten Ablichtungen.

[2]Eine Übermittlung durch den Steuerberater per Telefax steht der Herstellung einer Ablichtung gleich.

(2) [1]Die Höhe der Dokumentenpauschale bemisst sich nach den für die Dokumentenpauschale im Vergütungsverzeichnis zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz bestimmten Beträgen. [2]Die Höhe der Dokumentenpauschale nach Absatz 1 Nr. 1 ist in derselben Angelegenheit und in gerichtlichen Verfahren in demselben Rechtszug einheitlich zu berechnen.

Fußnoten

§ 17: IdF d. Art. 15 Nr. 9 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 18 Geschäftsreisen

(1) [1]Für Geschäftsreisen sind dem Steuerberater als Reisekosten die Fahrtkosten und die Übernachtungskosten zu erstatten; ferner erhält er ein Tage- und Abwesenheitsgeld. [2]Eine Geschäftsreise liegt vor, wenn das Reiseziel außerhalb der Gemeinde liegt, in der sich die Kanzlei oder die Wohnung des Steuerberaters befindet.

(2) Als Fahrtkosten sind zu erstatten:

1. bei Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeugs zur Abgeltung der Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie der Abnutzung des Kraftfahrzeugs 0,42 Euro für jeden gefahrenen Kilometer zuzüglich der durch die Benutzung des Kraftfahrzeugs aus Anlaß der Geschäftsreise regelmäßig anfallenden baren Auslagen, insbesondere der Parkgebühren,

2. bei Benutzung anderer Verkehrsmittel die tatsächlichen Aufwendungen, soweit sie angemessen sind.

(3) [1]Als Tage- und Abwesenheitsgeld erhält der Steuerberater bei einer Geschäftsreise von nicht mehr als 4 Stunden 25 Euro, von mehr als 4 bis 8 Stunden 40 Euro und von mehr als 8 Stunden 70 Euro; bei Auslandsreisen kann zu diesen Beträgen ein Zuschlag von 50 Prozent berechnet werden. [2]Die Übernachtungskosten sind in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erstatten, soweit sie angemessen sind.

Fußnoten

§ 18 Abs. 1 u. 2: Früher Abs. 1 gem. u. idF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 18 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 7 Nr. 4 Buchst. a G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002, d. Art. 15 Nr. 10 Buchst. a G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 8 Nr. 4 Buchst. a V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 18 Abs. 3: Früher Abs. 2 gem. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 18 Abs. 3 Satz 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. aa V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 4 Buchst. b G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002, d. Art. 15 Nr. 10 Buchst. b G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 8 Nr. 4 Buchst. b V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 18 Abs. 3 Satz 2: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b DBuchst. bb V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998

§ 19 Reisen zur Ausführung mehrerer Geschäfte

Dient eine Reise der Ausführung mehrerer Geschäfte, so sind die entstandenen Reisekosten und Abwesenheitsgelder nach dem Verhältnis der Kosten zu verteilen, die bei gesonderter Ausführung der einzelnen Geschäfte entstanden wären.

§ 20 Verlegung der beruflichen Niederlassung

Ein Steuerberater, der seine berufliche Niederlassung nach einem anderen Ort verlegt, kann bei Fortführung eines ihm vorher erteilten Auftrags Reisekosten und Abwesenheitsgelder nur insoweit verlangen, als sie auch von seiner bisherigen beruflichen Niederlassung aus entstanden wären.

Vierter Abschnitt Gebühren für die Beratung und für die Hilfeleistung bei der Erfüllung allgemeiner Steuerpflichten

§ 21 Rat, Auskunft, Erstberatung

(1) [1]Für einen mündlichen oder schriftlichen Rat oder eine Auskunft, die nicht mit einer anderen gebührenpflichtigen Tätigkeit zusammenhängt, erhält der Steuerberater eine Gebühr in Höhe von 1 Zehntel bis 10 Zehntel der vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1). [2]Beschränkt sich die Tätigkeit nach Satz 1 auf ein erstes Beratungsgespräch und ist der Auftraggeber Verbraucher, so kann der Steuerberater, der erstmals von diesem Ratsuchenden in Anspruch genommen wird, keine höhere Gebühr als 190 Euro fordern. [3]Die Gebühr ist auf eine Gebühr anzurechnen, die der Steuerberater für eine sonstige Tätigkeit erhält, die mit der Raterteilung oder Auskunft zusammenhängt.

(2) [1]Wird ein Steuerberater mit der Prüfung der Erfolgsaussicht eines Rechtsmittels beauftragt, so ist für die Vergütung das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz sinngemäß anzuwenden. [2]Die Gebühren bestimmen sich nach Teil 2 Abschnitt 1 des Vergütungsverzeichnisses zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

Fußnoten

§ 21 Überschrift: IdF d. Art. 1 Nr. 8 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 21 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 15 Nr. 11 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 5 Nr. 3 Buchst. a V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 21 Abs. 1 Satz 3: Früherer Satz 3 aufgeh., früherer Satz 4 jetzt Satz 3 gem. Art. 5 Nr. 3 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 21 Abs. 2: IdF d. Art. 8 Nr. 5 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 21 Abs. 2 Satz 1: IdF d. Art. 30 Nr. 5 G v. 7.7.2021 I 2363 mWv 1.8.2022

§ 22 Gutachten

Für die Ausarbeitung eines schriftlichen Gutachtens mit eingehender Begründung erhält der Steuerberater eine Gebühr von 10 Zehnteln bis 30 Zehntel der vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1).

§ 23 Sonstige Einzeltätigkeiten

[1]Die Gebühr beträgt für

1.	die Berichtigung einer Erklärung	2/10 bis 10/10
2.	einen Antrag auf Stundung	2/10 bis 8/10
3.	einen Antrag auf Anpassung der Vorauszahlungen	2/10 bis 8/10
4.	einen Antrag auf abweichende Steuerfestsetzung aus Billigkeitsgründen	2/10 bis 8/10
5.	einen Antrag auf Erlaß von Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis oder aus zollrechtlichen Bestimmungen	2/10 bis 8/10
6.	einen Antrag auf Erstattung (§ 37 Abs. 2 der Abgabenordnung)	2/10 bis 8/10

7.	einen Antrag auf Aufhebung oder Änderung eines Steuerbescheides oder einer Steueranmeldung	2/10 bis 10/10
8.	einen Antrag auf volle oder teilweise Rücknahme oder auf vollen oder teilweisen Widerruf eines Verwaltungsaktes	4/10 bis 10/10
9.	einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand außerhalb eines Rechtsbehelfsverfahrens	4/10 bis 10/10
10.	sonstige Anträge, soweit sie nicht in Steuererklärungen gestellt werden	2/10 bis 10/10

einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1). [2]Soweit Tätigkeiten nach den Nummern 1 bis 10 denselben Gegenstand betreffen, ist nur eine Tätigkeit maßgebend, und zwar die mit dem höchsten oberen Gebührenrahmen.

Fußnoten

§ 23 Satz 1 Nr. 1 (bezeichnet als Nr. 1): IdF d. Art. 15 Nr. 12 Buchst. a G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 23 Satz 1 Nr. 5 (bezeichnet als Nr. 5): IdF d. Art. 15 Nr. 12 Buchst. b G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 23 Satz 1 Nr. 7: IdF d. Art. 5 Nr. 4 V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 24 Steuererklärungen

(1) Der Steuerberater erhält für die Anfertigung

1.	der Einkommensteuererklärung ohne Ermittlung der einzelnen Einkünfte	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die Summe der positiven Einkünfte, jedoch mindestens 8 000 Euro;	
2.	der Erklärung zur gesonderten Feststellung der Einkünfte ohne Ermittlung der Einkünfte	1/10 bis 5/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die Summe der positiven Einkünfte, jedoch mindestens 8 000 Euro;	
3.	der Körperschaftsteuererklärung	2/10 bis 8/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist das Einkommen vor Berücksichtigung eines Verlustabzugs, jedoch mindestens 16 000 Euro; bei der Anfertigung einer Körperschaftsteuererklärung für eine Organgesellschaft ist das Einkommen der Organgesellschaft vor Zurechnung maßgebend; das entsprechende Einkommen ist bei der Gegenstandswertberechnung des Organträgers zu kürzen;	
4.	(weggefallen)	
5.	der Erklärung zur Gewerbesteuer	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der Gewerbeertrag	

	vor Berücksichtigung des Freibetrags und eines Gewerbeverlustes, jedoch mindestens 8 000 Euro;	
6.	der Gewerbesteuerzerlegungserklärung	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 10 Prozent der als Zerlegungsmaßstab erklärten Arbeitslöhne, jedoch mindestens 4 000 Euro;	
7.	der Umsatzsteuer-Voranmeldung sowie hierzu ergänzender Anträge und Meldungen	$^{1}/_{10}$ bis $^{6}/_{10}$
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 10 Prozent der Summe aus dem Gesamtbetrag der Entgelte und der Entgelte, für die der Leistungsempfänger Steuerschuldner ist, jedoch mindestens 650 Euro;	
8.	der Umsatzsteuererklärung für das Kalenderjahr einschließlich ergänzender Anträge und Meldungen	1/10 bis 8/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 10 Prozent der Summe aus dem Gesamtbetrag der Entgelte und der Entgelte, für die der Leistungsempfänger Steuerschuldner ist, jedoch mindestens 8 000 Euro;	
9.	(weggefallen)	
10.	der Vermögensteuererklärung oder der Erklärung zur gesonderten Feststellung des Vermögens von Gemeinschaften	1/20 bis 18/20
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist das Rohvermögen, jedoch bei natürlichen Personen mindestens 12 500 Euro und bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen mindestens 25 000 Euro;	
11.	der Erklärung zur Feststellung nach dem Bewertungsgesetz oder dem Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz, vorbehaltlich der Nummer 11a,	
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der erklärte Wert, jedoch mindestens 25 000 Euro;	$^{1}/_{20}$ bis $^{18}/_{20}$
11a.	der Erklärung zur Feststellung oder Festsetzung für Zwecke der Grundsteuer im Rahmen des ab dem Jahr 2025 anzuwendenden Grundsteuerrechts	
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der Grundsteuerwert oder, sofern dessen Feststellung nicht vorgesehen ist, der jeweilige Grundsteuermessbetrag dividiert durch die Grundsteuermesszahl nach § 15 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a des Grundsteuergesetzes, jedoch jeweils mindestens 25 000 Euro;	$^{1}/_{20}$ bis $^{9}/_{20}$

12.	der Erbschaftsteuererklärung ohne Ermittlung der Zugewinnausgleichsforderung nach § 5 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes	2/10 bis 10/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der Wert des Erwerbs von Todes wegen vor Abzug der Schulden und Lasten, jedoch mindestens 16 000 Euro;	
13.	der Schenkungsteuererklärung	2/10 bis 10/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der Rohwert der Schenkung, jedoch mindestens 16 000 Euro;	
14.	der Kapitalertragsteueranmeldung sowie für jede weitere Erklärung in Zusammenhang mit Kapitalerträgen	$^{1}/_{20}$ bis $^{6}/_{20}$
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die Summe der kapitalertragsteuerpflichtigen Kapitalerträge, jedoch mindestens 4 000 Euro;	
15.	der Lohnsteuer-Anmeldung	1/20 bis 6/20
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert sind 20 Prozent der Arbeitslöhne einschließlich sonstiger Bezüge, jedoch mindestens 1 000 Euro;	
16.	von Steuererklärungen auf dem Gebiet der Einfuhr- und Ausfuhrabgaben, und der Verbrauchsteuern, die als Einfuhrabgaben erhoben werden,	1/10 bis 3/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der Betrag, der sich bei Anwendung der höchsten in Betracht kommenden Abgabensätze auf die den Gegenstand der Erklärung bildenden Waren ergibt, jedoch mindestens 1 000 Euro;	
17.	von Anmeldungen oder Erklärungen auf dem Gebiete der Verbrauchsteuern, die nicht als Einfuhrabgaben geschuldet werden,	1/10 bis 3/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist für eine Steueranmeldung der angemeldete Betrag und für eine Steuererklärung der festgesetzte Betrag, jedoch mindestens 1 000 Euro;	
18.	von Anträgen auf Gewährung einer Verbrauchsteuervergütung oder einer einzelgesetzlich geregelten Verbrauchsteuererstattung, sofern letztere nicht in der monatlichen Steuererklärung oder Steueranmeldung geltend zu machen ist,	1/10 bis 3/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die beantragte Vergütung oder Erstattung, jedoch mindestens 1 000 Euro;	
19.	von Anträgen auf Gewährung einer Investitionszulage	1/10 bis 6/10

	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die Bemessungsgrundlage;	
20.	von Anträgen auf Steuervergütung nach § 4a des Umsatzsteuergesetzes	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die beantragte Vergütung;	
21.	von Anträgen auf Vergütung der abziehbaren Vorsteuerbeträge	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die beantragte Vergütung, jedoch mindestens 1 300 Euro;	
22.	von Anträgen auf Erstattung von Kapitalertragsteuer und Vergütung der anrechenbaren Körperschaftsteuer	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die beantragte Erstattung, jedoch mindestens 1 000 Euro;	
23.	von Anträgen nach Abschnitt X des Einkommensteuergesetzes 2/10 bis 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist das beantragte Jahreskindergeld;	
24.	(weggefallen)	
25.	der Anmeldung über den Steuerabzug von Bauleistungen	1/10 bis 6/10
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der angemeldete Steuerabzugsbetrag (§§ 48 ff. des Einkommensteuergesetzes), jedoch mindestens 1 000 Euro;	
26.	sonstiger Steuererklärungen	
	einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist die jeweilige Bemessungsgrundlage, jedoch mindestens 8 000 Euro.	$^{1}/_{10}$ bis $^{6}/_{10}$

(2) Für die Ermittlung der Zugewinnausgleichsforderung nach § 5 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes erhält der Steuerberater 5 Zehntel bis 15 Zehntel einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der ermittelte Betrag, jedoch mindestens 12 500 Euro.

(3) Für einen Antrag auf Lohnsteuer-Ermäßigung (Antrag auf Eintragung von Freibeträgen) erhält der Steuerberater 1/20 bis 4/20 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1); Gegenstandswert ist der voraussichtliche Jahresarbeitslohn; er beträgt mindestens 4 500 Euro.

(4) Der Steuerberater erhält die Zeitgebühr

1. (weggefallen)
2. für Arbeiten zur Feststellung des verrechenbaren Verlustes gemäß § 15a des Einkommensteuergesetzes;
3. für die Anfertigung einer Meldung über die Beteiligung an ausländischen Körperschaften, Vermögensmassen und Personenvereinigungen und an ausländischen Personengesellschaften;
4. (weggefallen)

5. für sonstige Anträge und Meldungen nach dem Einkommensteuergesetz;

6. (weggefallen)

7. (weggefallen)

8. (weggefallen)

9. (weggefallen)

10. (weggefallen)

11. (weggefallen)

12. (weggefallen)

13. für die Überwachung und Meldung der Lohnsumme sowie der Behaltensfrist im Sinne von § 13a Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Satz 1, Absatz 5 in Verbindung mit Absatz 6 Satz 2 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes;

14. für die Berechnung des Begünstigungsgewinnes im Sinne von § 34a Absatz 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes (Begünstigung der nicht entnommenen Gewinne).

Fußnoten

§ 24 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. aa G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. aa G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007, d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. cc V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 9 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. aa V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 24 Abs. 1 Nr. 4: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. dd V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 5: IdF d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. cc G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. ee V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 6 Buchst. b V v. 20.6.1988 I 841 mWv 1.7.1988, d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. dd G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002, d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. dd G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. ff V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 7: IdF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. gg V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 8: IdF d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. ff G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. hh V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 9: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. ii V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 10: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. hh G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002
§ 24 Abs. 1 Nr. 11 u. 11a: Früher Nr. 11 gem. u. idF d. Art. 1 V v. 10.6.2022 I 877 mWv 18.6.2022
§ 24 Abs. 1 Nr. 12: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. jj G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. kk V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 9 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. bb V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 24 Abs. 1 Nr. 13: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. jj G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. ll V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 14: IdF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. mm V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 15: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. ll G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. gg G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 24 Abs. 1 Nr. 16: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. c V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. ll G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. hh G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 24 Abs. 1 Nr. 17: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. c V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. ll G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. nn V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 18: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. ll G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002

§ 24 Abs. 1 Nr. 20: IdF d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. ii G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 24 Abs. 1 Nr. 21: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. e V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. ll G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. oo V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 22: IdF d. Art. 1 Nr. 9 Buchst. f V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. a DBuchst. ll G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002
§ 24 Abs. 1 Nr. 23: Eingef. durch Art. 1 Nr. 9 Buchst. f V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 24 Abs. 1 Nr. 24: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. pp V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 25: Eingef. durch Art. 15 Nr. 13 Buchst. a DBuchst. jj G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007; idF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. qq V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 1 Nr. 26: Eingef. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. rr V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 9 Nr. 5 Buchst. a DBuchst. cc V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 24 Abs. 2: IdF d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. b G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 9 Nr. 5 Buchst. b V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 24 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 10 V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 6 Buchst. c G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 15 Nr. 13 Buchst. b G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 24 Abs. 4 Nr. 1: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. aa V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 4 Nr. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 11 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 24 Abs. 4 Nr. 3: Eingef. durch Art. 1 Nr. 11 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 24 Abs. 4 Nr. 4: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. aa V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 4 Nr. 5: IdF d. Art. 5 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. bb V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 4 Nr. 6 bis 10: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. cc V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 24 Abs. 4 Nr. 11 u. 12: Aufgeh. durch Art. 9 Nr. 5 Buchst. c DBuchst. aa V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016
§ 24 Abs. 4 Nr. 13 u. 14 (früher Nr. 11 u. 12 doppelt): Eingef. durch Art. 5 Nr. 5 Buchst. b DBuchst. dd V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012; jetzt Nr. 13 u. 14 gem. Art. 9 Nr. 5 Buchst. c DBuchst. bb V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016

§ 25 Ermittlung des Überschusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben

(1) [1]Die Gebühr für die Ermittlung des Überschusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbständiger Arbeit beträgt 5 bis 30 Zehntel einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2). [2]Gegenstandswert ist der jeweils höhere Betrag, der sich aus der Summe der Betriebseinnahmen oder der Summe der Betriebsausgaben ergibt, jedoch mindestens 17 500 Euro.

(2) Für Vorarbeiten, die über das übliche Maß erheblich hinausgehen, erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

(3) Sind bei mehreren Einkünften aus derselben Einkunftsart die Überschüsse getrennt zu ermitteln, so erhält der Steuerberater die Gebühr nach Absatz 1 für jede Überschußrechnung.

(4) [1]Für die Aufstellung eines schriftlichen Erläuterungsberichts zur Ermittlung des Überschusses der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben erhält der Steuerberater 2/10 bis 12/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2). [2]Der Gegenstandswert bemisst sich nach Absatz 1 Satz 2.

Fußnoten

§ 25 Abs. 1 Satz 1: IdF d. Art. 8 Nr. 6 Buchst. a V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 25 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 7 Nr. 7 G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 8 Nr. 6 Buchst. b V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 25 Abs. 4: Eingef. durch Art. 15 Nr. 14 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 26 Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittsätzen

(1) [1]Die Gebühr für die Ermittlung des Gewinns nach Durchschnittsätzen beträgt 5 Zehntel bis 20 Zehntel einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2). [2]Gegenstandswert ist der Durchschnittssatzgewinn nach § 13a Abs. 3 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes.

(2) Sind für mehrere land- und forstwirtschaftliche Betriebe desselben Auftraggebers die Gewinne nach Durchschnittsätzen getrennt zu ermitteln, so erhält der Steuerberater die Gebühr nach Absatz 1 für jede Gewinnermittlung.

Fußnoten

§ 26 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 15 Nr. 15 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 27 Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten

(1) [1]Die Gebühr für die Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung oder sonstigen Einkünften beträgt 1 Zwanzigstel bis 12 Zwanzigstel einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1). [2]Gegenstandswert ist der jeweils höhere Betrag, der sich aus der Summe der Einnahmen oder der Summe der Werbungskosten ergibt, jedoch mindestens 8 000 Euro.

(2) Beziehen sich die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung auf mehrere Grundstücke oder sonstige Wirtschaftsgüter und ist der Überschuß der Einnahmen über die Werbungskosten jeweils getrennt zu ermitteln, so erhält der Steuerberater die Gebühr nach Absatz 1 für jede Überschußrechnung.

(3) Für Vorarbeiten, die über das übliche Maß erheblich hinausgehen, erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

Fußnoten

§ 27 Abs. 1 Satz 2: IdF d. Art. 7 Nr. 8 G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 6 Buchst. a V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 27 Abs. 3: Eingef. durch Art. 5 Nr. 6 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 28 Prüfung von Steuerbescheiden

Für die Prüfung eines Steuerbescheids erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

§ 29 Teilnahme an Prüfungen und Nachschauen

Der Steuerberater erhält

1. für die Teilnahme an einer Prüfung, insbesondere an einer Außenprüfung, einer Zollprüfung oder einer Nachschau einschließlich der Schlussbesprechung und der Prüfung des Prüfungsberichts, für die Teilnahme an einer Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen (§ 208 der Abgabenordnung) oder für die Teilnahme an einer Maßnahme der Steueraufsicht (§§ 209 bis 217 der Abgabenordnung) die Zeitgebühr;
2. für schriftliche Einwendungen gegen den Prüfungsbericht 5 Zehntel bis 10 Zehntel einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1).

Fußnoten

§ 29 Überschrift: IdF d. Art. 8 Nr. 7 Buchst. a V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 29 Nr. 1: IdF d. Art. 7 Nr. 2 V v. 12.7.2017 I 2360 mWv 20.7.2017 u. d. Art. 8 Nr. 7 Buchst. b V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

§ 30 Selbstanzeige

(1) Für die Tätigkeit im Verfahren der Selbstanzeige (§§ 371 und 378 Absatz 3 der Abgabenordnung) einschließlich der Ermittlungen zur Berichtigung, Ergänzung oder Nachholung der Angaben erhält der Steuerberater 10/10 bis 30/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1).

(2) Der Gegenstandswert bestimmt sich nach der Summe der berichtigten, ergänzten und nachgeholten Angaben, er beträgt jedoch mindestens 8 000 Euro.

Fußnoten

§ 30: IdF d. Art. 5 Nr. 7 V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 31 Besprechungen

(1) Für Besprechungen mit Behörden oder mit Dritten in abgaberechtlichen Sachen erhält der Steuerberater 5/10 bis 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle A (Anlage 1).

(2) [1]Die Besprechungsgebühr entsteht, wenn der Steuerberater an einer Besprechung über tatsächliche oder rechtliche Fragen mitwirkt, die von der Behörde angeordnet ist oder im Einverständnis mit dem Auftraggeber mit der Behörde oder mit einem Dritten geführt wird. [2]Der Steuerberater erhält diese Gebühr nicht für die Beantwortung einer mündlichen oder fernmündlichen Nachfrage der Behörde.

Fußnoten

§ 31: IdF d. Art. 15 Nr. 17 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

Fünfter Abschnitt Gebühren für die Hilfeleistung bei der Erfüllung steuerlicher Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

§ 32 Einrichtung einer Buchführung

Für die Hilfeleistung bei der Einrichtung einer Buchführung im Sinne der §§ 33 und 34 erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

Fußnoten

§ 32: IdF d. Art. 5 Nr. 8 V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 33 Buchführung

(1)	Für die Buchführung oder das Führen steuerlicher Aufzeichnungen einschließlich des Kontierens der Belege beträgt die Monatsgebühr einer vollen Gebühr nach Tabelle C (Anlage 3).	2/10 bis 12/10
(2)	Für das Kontieren der Belege beträgt die Monatsgebühr einer vollen Gebühr nach Tabelle C (Anlage 3).	1/10 bis 6/10
(3)	Für die Buchführung oder das Führen steuerlicher Aufzeichnungen nach vom Auftraggeber kontierten Belegen oder erstellten Kontierungsunterlagen beträgt die Monatsgebühr einer vollen Gebühr nach Tabelle C (Anlage 3).	1/10 bis 6/10

(4) Für die Buchführung oder das Führen steuerlicher Aufzeichnungen nach vom Auftraggeber erstellten Eingaben für die Datenverarbeitung und mit beim Auftraggeber eingesetzten Datenverarbeitungsprogrammen des Steuerberaters erhält der Steuerberater neben der Vergütung für die Datenverarbei-

tung und für den Einsatz der Datenverarbeitungsprogramme eine Monatsgebühr von 1/20 bis 10/20 einer vollen Gebühr nach Tabelle C (Anlage 3).

(5) Für die laufende Überwachung der Buchführung oder der steuerlichen Aufzeichnungen des Auftraggebers beträgt die Monatsgebühr 1/10 bis 6/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle C (Anlage 3).

(6) Gegenstandswert ist der jeweils höchste Betrag, der sich aus dem Jahresumsatz oder aus der Summe des Aufwandes ergibt.

(7) Für die Hilfeleistung bei sonstigen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Buchführung oder dem Führen steuerlicher Aufzeichnungen erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

(8) Mit der Gebühr nach den Absätzen 1, 3 und 4 sind die Gebühren für die Umsatzsteuervoranmeldung (§ 24 Abs. 1 Nr. 7) abgegolten.

Fußnoten

§ 33 Abs. 1 u. 3: IdF d. Art. 5 Nr. 9 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 33 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998 u. d. Art. 5 Nr. 9 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 33 Abs. 5: IdF d. Art. 5 Nr. 9 Buchst. a V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 33 Abs. 6: IdF d. Art. 1 Nr. 14 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 33 Abs. 7: IdF d. Art. 5 Nr. 9 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 9 Nr. 6 V v. 18.7.2016 I 1722 mWv 23.7.2016

§ 34 Lohnbuchführung

(1) Für die erstmalige Einrichtung von Lohnkonten und die Aufnahme der Stammdaten erhält der Steuerberater eine Gebühr von 5 bis 18 Euro je Arbeitnehmer.

(2) Für die Führung von Lohnkonten und die Anfertigung der Lohnabrechnung erhält der Steuerberater eine Gebühr von 5 bis 28 Euro je Arbeitnehmer und Abrechnungszeitraum.

(3) Für die Führung von Lohnkonten und die Anfertigung der Lohnabrechnung nach vom Auftraggeber erstellten Buchungsunterlagen erhält der Steuerberater eine Gebühr von 2 bis 9 Euro je Arbeitnehmer und Abrechnungszeitraum.

(4) Für die Führung von Lohnkonten und die Anfertigung der Lohnabrechnung nach vom Auftraggeber erstellten Eingaben für die Datenverarbeitung und mit beim Auftraggeber eingesetzten Datenverarbeitungsprogrammen des Steuerberaters erhält der Steuerberater neben der Vergütung für die Datenverarbeitung und für den Einsatz der Datenverarbeitungsprogramme eine Gebühr von 1 bis 4 Euro je Arbeitnehmer und Abrechnungszeitraum.

(5) Für die Hilfeleistung bei sonstigen Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Lohnsteuerabzug und der Lohnbuchführung erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

(6) Mit der Gebühr nach den Absätzen 2 bis 4 sind die Gebühren für die Lohnsteueranmeldung (§ 24 Abs. 1 Nr. 15) abgegolten.

Fußnoten

§ 34 Abs. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 9 Buchst. a G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002, d. Art. 5 Nr. 10 Buchst. a V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 8 Nr. 8 Buchst. a V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 34 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 9 Buchst. b G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002, d. Art. 5 Nr. 10 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012 u. d. Art. 8 Nr. 8 Buchst. b V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 34 Abs. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. c V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 9 Buchst. c G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 10 Buchst. c V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 34 Abs. 4: IdF d. Art. 1 Nr. 15 Buchst. d V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998, d. Art. 7 Nr. 9 Buchst. d G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002 u. d. Art. 5 Nr. 10 Buchst. d V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 35 Abschlußarbeiten

(1) Die Gebühr beträgt für

1.	a)	die Aufstellung eines Jahresabschlusses (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung)	10/10 bis 40/10
	b)	die Erstellung eines Anhangs	2/10 bis 12/10
	c)	(weggefallen)	
2.		die Aufstellung eines Zwischenabschlusses oder eines vorläufigen Abschlusses (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung)	10/10 bis 40/10
3.	a)	die Ableitung des steuerlichen Ergebnisses aus dem Handelsbilanzergebnis	2/10 bis 10/10
	b)	die Entwicklung einer Steuerbilanz aus der Handelsbilanz	5/10 bis 12/10
4.		die Aufstellung einer Eröffnungsbilanz	5/10 bis 12/10
5.		die Aufstellung einer Auseinandersetzungsbilanz	5/10 bis 20/10
6.		den schriftlichen Erläuterungsbericht zu Tätigkeiten nach den Nummern 1 bis 5	2/10 bis 12/10
7.	a)	die beratende Mitwirkung bei der Aufstellung eines Jahresabschlusses (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung)	2/10 bis 10/10
	b)	die beratende Mitwirkung bei der Erstellung eines Anhangs	2/10 bis 4/10
	c)	die beratende Mitwirkung bei der Erstellung eines Lageberichts	2/10 bis 4/10
8.		(weggefallen)	

einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2).

(2) [1]Gegenstandswert ist

1. in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 1 bis 3 und 7 das Mittel zwischen der berichtigten Bilanzsumme und der betrieblichen Jahresleistung;
2. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 4 und 5 die berichtigte Bilanzsumme;
3. in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 6 der Gegenstandswert, der für die dem Erläuterungsbericht zugrunde liegenden Abschlußarbeiten maßgeblich ist.

[2]Die berichtigte Bilanzsumme ergibt sich aus der Summe der Posten der Aktivseite der Bilanz zuzüglich Privatentnahmen und offener Ausschüttungen, abzüglich Privateinlagen, Kapitalerhöhungen durch Einlagen und Wertberichtigungen. [3]Die betriebliche Jahresleistung umfaßt Umsatzerlöse, sonstige be-

triebliche Erträge, Erträge aus Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, Veränderungen des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, andere aktivierte Eigenleistungen sowie außerordentliche Erträge. [4]Ist der betriebliche Jahresaufwand höher als die betriebliche Jahresleistung, so ist dieser der Berechnung des Gegenstandswerts zugrunde zu legen. [5]Betrieblicher Jahresaufwand ist die Summe der Betriebsausgaben einschließlich der Abschreibungen. [6]Bei der Berechnung des Gegenstandswerts ist eine negative berichtigte Bilanzsumme als positiver Wert anzusetzen. [7]Übersteigen die betriebliche Jahresleistung oder der höhere betriebliche Jahresaufwand das 5fache der berichtigten Bilanzsumme, so bleibt der übersteigende Betrag bei der Ermittlung des Gegenstandswerts außer Ansatz. [8]Der Gegenstandswert besteht nur aus der berichtigten Bilanzsumme, wenn die betriebliche Jahresleistung geringer als 3 000 Euro ist. [9]Der Gegenstandswert besteht nur aus der betrieblichen Jahresleistung, wenn die berichtigte Bilanzsumme geringer als 3 000 Euro ist.

(3) Für die Anfertigung oder Berichtigung von Inventurunterlagen und für sonstige Abschlußvorarbeiten bis zur abgestimmten Saldenbilanz erhält der Steuerberater die Zeitgebühr.

Fußnoten

§ 35 Abs. 1 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. a V v. 20.6.1988 I 841 mWv 1.7.1988
§ 35 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a (bezeichnet als Abs. 1 Nr. 1a): IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 35 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. c: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. aa V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 35 Abs. 1 Nr. 2: IdF d. Art. 5 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. bb V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 35 Abs. 1 Nr. 3: IdF d. Art. 15 Nr. 18 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 35 Abs. 1 Nr. 7: IdF d. Art. 1 Nr. 7 Buchst. b V v. 20.6.1988 I 841 mWv 1.7.1988
§ 35 Abs. 1 Nr. 8: Aufgeh. durch Art. 5 Nr. 11 Buchst. a DBuchst. cc V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 35 Abs. 2: IdF d. Art. 1 Nr. 16 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 35 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1: IdF d. Art. 5 Nr. 11 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 35 Abs. 2 Satz 8 u. 9: IdF d. Art. 7 Nr. 10 G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002

§ 36 Steuerliches Revisionswesen

(1) Der Steuerberater erhält für die Prüfung einer Buchführung, einzelner Konten, einzelner Posten des Jahresabschlusses, eines Inventars, einer Überschussrechnung oder von Bescheinigungen für steuerliche Zwecke und für die Berichterstattung hierüber die Zeitgebühr.

(2) Der Steuerberater erhält

1. für die Prüfung einer Bilanz, einer Gewinn- und Verlustrechnung, eines Anhangs, eines Lageberichts oder einer sonstigen Vermögensrechnung für steuerliche Zwecke 2/10 bis 10/10 einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2) sowie die Zeitgebühr; der Gegenstandswert bemisst sich nach § 35 Absatz 2;

2. für die Berichterstattung über eine Tätigkeit nach Nummer 1 die Zeitgebühr.

Fußnoten

§ 36 Abs. 1: IdF d. Art. 15 Nr. 19 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007
§ 36 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 1 Nr. 8 V v. 20.6.1988 I 841 mWv 1.7.1988, d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. a V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998 u. d. Art. 5 Nr. 12 Buchst. a V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012
§ 36 Abs. 2 Nr. 2 (Satz 1): IdF d. Art. 1 Nr. 17 Buchst. b V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998
§ 36 Abs. 2 Nr. 2: Früherer Satz 2 aufgeh. durch Art. 5 Nr. 12 Buchst. b V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 37 Vermögensstatus, Finanzstatus für steuerliche Zwecke

[1]Die Gebühr beträgt für

1.	die Erstellung eines Vermögensstatus oder Finanzstatus	5/10 bis 15/10
2.	die Erstellung eines Vermögensstatus oder Finanzstatus aus übergebenen Endzahlen (ohne Vornahme von Prüfungsarbeiten)	2/10 bis 6/10
3.	den schriftlichen Erläuterungsbericht zu den Tätigkeiten nach Nummer 1	1/10 bis 6/10

einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2). [2]Gegenstandswert ist für die Erstellung eines Vermögensstatus die Summe der Vermögenswerte, für die Erstellung eines Finanzstatus die Summe der Finanzwerte.

§ 38 Erteilung von Bescheinigungen

(1) [1]Der Steuerberater erhält für die Erteilung einer Bescheinigung über die Beachtung steuerrechtlicher Vorschriften in Vermögensübersichten und Erfolgsrechnungen 1 Zehntel bis 6 Zehntel einer vollen Gebühr nach Tabelle B (Anlage 2). [2]Der Gegenstandswert bemißt sich nach § 35 Abs. 2.

(2) Der Steuerberater erhält für die Mitwirkung an der Erteilung von Steuerbescheinigungen die Zeitgebühr.

Fußnoten

§ 38: IdF d. Art. 1 Nr. 9 V v. 20.6.1988 I 841 mWv 1.7.1988

§ 39 Buchführungs- und Abschlußarbeiten für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

(1) Für Angelegenheiten, die sich auf land- und forstwirtschaftliche Betriebe beziehen, gelten abweichend von den §§ 32, 33, 35 und 36 die Absätze 2 bis 7.

(2) [1]Die Gebühr beträgt für

1.	laufende Buchführungsarbeiten oder für das Führen steuerlicher Aufzeichnungen einschließlich Kontieren der Belege jährlich	3/10 bis 20/10
2.	die Buchführung oder für das Führen steuerlicher Aufzeichnungen nach vom Auftraggeber kontierten Belegen oder erstellten Kontierungsunterlagen jährlich	3/20 bis 20/20
3.	die Buchführung oder für das Führen steuerlicher Aufzeichnungen nach vom Auftraggeber erstellten Datenträgern oder anderen Eingabemitteln für die Datenverarbeitung neben der Vergütung für die Datenverarbeitung und für den Einsatz der Datenverarbeitungsprogramme jährlich	1/20 bis 16/20
4.	die laufende Überwachung der Buchführung oder für das Führen steuerlicher Aufzeichnungen jährlich	1/10 bis 6/10

einer vollen Gebühr nach Tabelle D (Anlage 4). [2]Die volle Gebühr ist die Summe der Gebühren nach Tabelle D Teil a und Tabelle D Teil b.

(3) [1]Die Gebühr beträgt für

1.	die Abschlußvorarbeiten	1/10 bis 5/10
2.	die Aufstellung eines Abschlusses	3/10 bis 10/10

3.	die Entwicklung eines steuerlichen Abschlusses aus dem betriebswirtschaftlichen Abschluß oder aus der Handelsbilanz oder die Ableitung des steuerlichen Ergebnisses vom Ergebnis des betriebswirtschaftlichen Abschlusses oder der Handelsbilanz	3/20 bis 10/20
4.	die beratende Mitwirkung bei der Erstellung eines Abschlusses	1/20 bis 10/20
5.	die Prüfung eines Abschlusses für steuerliche Zwecke	1/10 bis 8/10
6.	den schriftlichen Erläuterungsbericht zum Abschluß	1/10 bis 8/10

einer vollen Gebühr nach Tabelle D (Anlage 4). [2]Die volle Gebühr ist die Summe der Gebühren nach Tabelle D Teil a und Tabelle D Teil b.

(4) Die Gebühr beträgt für

1.	die Hilfeleistung bei der Einrichtung einer Buchführung oder dem Führen steuerlicher Aufzeichnungen	1/10 bis 6/10
2.	die Erfassung der Anfangswerte bei Buchführungsbeginn	3/10 bis 15/10

einer vollen Gebühr nach Tabelle D Teil a (Anlage 4).

(5) [1]Gegenstandswert ist für die Anwendung der Tabelle D Teil a die Betriebsfläche. [2]Gegenstandswert für die Anwendung der Tabelle D Teil b ist der Jahresumsatz zuzüglich der Privateinlagen, mindestens jedoch die Höhe der Aufwendungen zuzüglich der Privatentnahmen. [3]Im Falle des Absatzes 3 vermindert sich der 100 000 Euro übersteigende Betrag auf die Hälfte.

(6) Bei der Errechnung der Betriebsfläche (Absatz 5) ist

1.	bei einem Jahresumsatz bis zu 1 000 Euro je Hektar	das Einfache,
2.	bei einem Jahresumsatz über 1 000 Euro je Hektar	das Vielfache,
	das sich aus dem durch 1 000 geteilten Betrag des Jahresumsatzes je Hektar ergibt,	
3.	bei forstwirtschaftlich genutzten Flächen	die Hälfte,
4.	bei Flächen mit bewirtschafteten Teichen	die Hälfte,
5.	bei durch Verpachtung genutzten Flächen	ein Viertel

der tatsächlich genutzten Flächen anzusetzen.

(7) Mit der Gebühr nach Absatz 2 Nr. 1, 2 und 3 ist die Gebühr für die Umsatzsteuervoranmeldungen (§ 24 Abs. 1 Nr. 7) abgegolten.

Fußnoten

§ 39 Abs. 2 Nr. 1: IdF d. Art. 8 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. aa V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 39 Abs. 2 Nr. 2: IdF d. Art. 8 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 39 Abs. 2 Nr. 3: IdF d. Art. 1 Nr. 18 V v. 20.8.1998 I 2369 mWv 28.8.1998 u. d. Art. 8 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 39 Abs. 2 Nr. 4: IdF d. Art. 8 Nr. 9 Buchst. a DBuchst. bb V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 39 Abs. 4 Nr. 1: IdF d. Art. 8 Nr. 9 Buchst. b V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020
§ 39 Abs. 5 Satz 3: IdF d. Art. 7 Nr. 11 Buchst. a G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002
§ 39 Abs. 6 Nr. 1: IdF d. Art. 7 Nr. 11 Buchst. b DBuchst. aa G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002
§ 39 Abs. 6 Nr. 2: IdF d. Art. 7 Nr. 11 Buchst. b DBuchst. bb G v. 27.4.2001 I 751 mW 1.1.2002

Sechster Abschnitt Gebühren für die Vertretung im außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren und im Verwaltungsvollstreckungsverfahren

§ 40 Verfahren vor den Verwaltungsbehörden

Auf die Vergütung des Steuerberaters für Verfahren vor den Verwaltungsbehörden sind die Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

Fußnoten

§ 40: IdF d. Art. 8 Nr. 10 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

§ 41 (weggefallen)

-

Fußnoten

§ 41: Aufgeh. durch Art. 15 Nr. 21 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 42 (weggefallen)

-

Fußnoten

§ 42: Aufgeh. durch Art. 15 Nr. 21 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 43 (weggefallen)

-

Fußnoten

§ 43: Aufgeh. durch Art. 15 Nr. 21 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007

§ 44 Verwaltungsvollstreckungsverfahren

Auf die Vergütung des Steuerberaters im Verwaltungsvollstreckungsverfahren sind die Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

Fußnoten

§ 44: IdF d. Art. 15 Nr. 22 G v. 13.12.2006 I 2878 mWv 1.1.2007 u. d. Art. 8 Nr. 11 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

Siebenter Abschnitt Gerichtliche und andere Verfahren

§ 45 Vergütung in gerichtlichen und anderen Verfahren

Auf die Vergütung des Steuerberaters im Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit, der Sozialgerichtsbarkeit und der Verwaltungsgerichtsbarkeit, im Strafverfahren, berufsgerichtlichen Verfahren, Bußgeldverfahren und in Gnadensachen sind die Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

Fußnoten

§ 45: IdF d. Art. 4 Abs. 60 G v. 5.5.2004 I 718 mWv 1.7.2004 u. d. Art. 5 Nr. 13 V v. 11.12.2012 I 2637 mWv 20.12.2012

§ 46 Vergütung bei Prozeßkostenhilfe

Für die Vergütung des im Wege der Prozeßkostenhilfe beigeordneten Steuerberaters gelten die Vorschriften des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes sinngemäß.

Fußnoten

§ 46: IdF d. Art. 4 Abs. 60 G v. 5.5.2004 I 718 mWv 1.7.2004

Achter Abschnitt Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 47 Anwendung

(1) Diese Verordnung ist erstmals anzuwenden auf

1. Angelegenheiten, mit deren Bearbeitung nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnen wird,
2. die Vertretung in Verfahren vor Verwaltungsbehörden, wenn das Verfahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung beginnt.

(2) Hat der Steuerberater vor der Verkündung der Verordnung mit dem Auftraggeber schriftliche Vereinbarungen getroffen, die den Vorschriften dieser Verordnung nicht entsprechen, so ist insoweit diese Verordnung spätestens zwei Jahre nach ihrem Inkrafttreten anzuwenden.

§ 47a Übergangsvorschrift für Änderungen dieser Verordnung

[1]Die Vergütung ist nach bisherigem Recht zu berechnen, wenn der Auftrag zur Erledigung der Angelegenheit vor dem Inkrafttreten einer Änderung der Verordnung erteilt worden ist. [2]Hat der Steuerberater mit dem Auftraggeber schriftliche Vereinbarungen über auszuführende Tätigkeiten mit einer Geltungsdauer von mindestens einem Jahr getroffen oder eine Pauschalvergütung im Sinne des § 14 vereinbart und tritt während der Geltungsdauer dieser Vereinbarung eine Änderung der Verordnung in Kraft, so ist die Vergütung bis zum Ablauf des Jahres, in dem eine Änderung der Verordnung in Kraft tritt, nach bisherigem Recht zu berechnen. [3]Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn Vorschriften geändert werden, auf die diese Verordnung verweist.

Fußnoten

§ 47a: Eingef. durch Art. 1 Nr. 10 V v. 20.6.1988 I 841 mWv 1.7.1988

§ 48

-

Fußnoten

§ 48: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 2 V v. 21.6.1991 I 1370 mWv 30.6.1991

§ 49 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. April 1982 in Kraft.

Dieses Gesetz ändert die nachfolgend aufgeführten Normen

Vorschrift	Änderung	geänderte Norm	Gültigkeit		
			ab	bis	i.d.F.
	Inkraftsetzung	StBGebV	1.4.1982		

Schlußformel

Der Bundesminister der Finanzen

Anlage 1 Tabelle A
(Beratungstabelle)

(Fundstelle: BGBl. I 2020, 1499 - 1500)

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
300	29
600	53
900	76
1 200	100
1 500	123
2 000	157
2 500	189
3 000	222
3 500	255
4 000	288
4 500	321
5 000	354
6 000	398
7 000	441
8 000	485
9 000	528
10 000	571
13 000	618
16 000	665
19 000	712
22 000	759
25 000	806
30 000	892
35 000	977
40 000	1 061
45 000	1 146
50 000	1 230
65 000	1 320
80 000	1 411
95 000	1 502
110 000	1 593

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
125 000	1 683
140 000	1 773
155 000	1 864
170 000	1 954
185 000	2 045
200 000	2 136
230 000	2 275
260 000	2 414
290 000	2 552
320 000	2 697
350 000	2 760
380 000	2 821
410 000	2 882
440 000	2 939
470 000	2 995
500 000	3 051
550 000	3 132
600 000	3 211
vom Mehrbetrag bis 5 000 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	141
vom Mehrbetrag über 5 000 000 Euro bis 25 000 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	106
vom Mehrbetrag über 25 000 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	83

Fußnoten

Anlage 1 bis 4: IdF d. Art. 8 Nr. 12 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

Anlage 2 Tabelle B
(Abschlusstabelle)

(Fundstelle: BGBl. I 2020, 1501 - 1502)

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
3 000	46
3 500	54
4 000	64
4 500	72
5 000	81
6 000	91

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
7 000	99
8 000	109
9 000	114
10 000	120
12 500	126
15 000	142
17 500	157
20 000	168
22 500	180
25 000	190
37 500	203
50 000	248
62 500	286
75 000	319
87 500	333
100 000	348
125 000	399
150 000	444
175 000	483
200 000	517
225 000	549
250 000	578
300 000	605
350 000	657
400 000	704
450 000	746
500 000	785
625 000	822
750 000	913
875 000	991
1 000 000	1 062
1 250 000	1 126
1 500 000	1 249
1 750 000	1 357
2 000 000	1 455
2 250 000	1 542
2 500 000	1 621
3 000 000	1 695
3 500 000	1 841
4 000 000	1 971
4 500 000	2 089

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
5 000 000	2 196
7 500 000	2 566
10 000 000	2 983
12 500 000	3 321
15 000 000	3 603
17 500 000	3 843
20 000 000	4 050
22 500 000	4 314
25 000 000	4 558
30 000 000	5 014
35 000 000	5 433
40 000 000	5 823
45 000 000	6 187
50 000 000	6 532
vom Mehrbetrag bis 125 000 000 Euro je angefangene 5 000 000 Euro	258
vom Mehrbetrag über 125 000 000 Euro bis 250 000 000 Euro je angefangene 12 500 000 Euro	450
vom Mehrbetrag über 250 000 000 Euro je angefangene 25 000 000 Euro	642

Fußnoten

Anlage 1 bis 4: IdF d. Art. 8 Nr. 12 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

Anlage 3 Tabelle C
(Buchführungstabelle)

(Fundstelle: BGBl. I 2020, 1503)

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
15 000	68
17 500	75
20 000	83
22 500	88
25 000	95
30 000	102
35 000	110
40 000	115
45 000	122
50 000	130

Gegenstandswert bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
62 500	137
75 000	149
87 500	164
100 000	177
125 000	197
150 000	217
200 000	259
250 000	299
300 000	339
350 000	381
400 000	416
450 000	448
500 000	483
vom Mehrbetrag über 500 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	34

Fußnoten

Anlage 1 bis 4: IdF d. Art. 8 Nr. 12 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

Anlage 4 Tabelle D

(Fundstelle: BGBl. I 2020, 1504 - 1507)

Teil a
(Landwirtschaftliche Tabelle – Betriebsfläche)

Betriebsfläche bis ... Hektar	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
40	348
45	373
50	396
55	419
60	441
65	461
70	479
75	497
80	514
85	530
90	543
95	556
100	567
110	595
120	622

Betriebsfläche bis ... Hektar	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
130	648
140	674
150	700
160	725
170	748
180	772
190	794
200	816
210	838
220	859
230	879
240	898
250	917
260	936
270	954
280	970
290	987
300	1 002
320	1 035
340	1 067
360	1 100
380	1 130
400	1 160
420	1 191
440	1 220
460	1 248
480	1 275
500	1 301
520	1 329
540	1 355
560	1 380
580	1 404
600	1 429
620	1 453
640	1 475
660	1 497
680	1 519
700	1 538
750	1 586
800	1 628
850	1 664

Betriebsfläche bis ... Hektar	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
900	1 695
950	1 719
1 000	1 738
2 000 je ha	1,59 mehr
3 000 je ha	1,44 mehr
4 000 je ha	1,30 mehr
5 000 je ha	1,15 mehr
6 000 je ha	1,01 mehr
7 000 je ha	0,87 mehr
8 000 je ha	0,72 mehr
9 000 je ha	0,57 mehr
10 000 je ha	0,43 mehr
11 000 je ha	0,28 mehr
12 000 je ha	0,15 mehr
ab 12 000 je ha	0,15 mehr

Teil b
(Landwirtschaftliche Tabelle – Jahresumsatz)

Jahresumsatz im Sinne von § 39 Absatz 5 bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
40 000	362
42 500	380
45 000	398
47 500	417
50 000	433
55 000	469
60 000	503
65 000	539
70 000	571
75 000	606
80 000	640
85 000	673
90 000	706
95 000	738
100 000	771
105 000	802
110 000	833
115 000	866
120 000	897
125 000	927

Jahresumsatz im Sinne von § 39 Absatz 5 bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
130 000	959
135 000	989
140 000	1 020
145 000	1 051
150 000	1 081
155 000	1 111
160 000	1 141
165 000	1 172
170 000	1 201
175 000	1 230
180 000	1 260
185 000	1 289
190 000	1 318
195 000	1 347
200 000	1 376
205 000	1 406
210 000	1 434
215 000	1 462
220 000	1 491
225 000	1 520
230 000	1 547
235 000	1 575
240 000	1 603
245 000	1 630
250 000	1 656
255 000	1 684
260 000	1 712
265 000	1 738
270 000	1 765
275 000	1 791
280 000	1 817
285 000	1 842
290 000	1 868
295 000	1 894
300 000	1 919
305 000	1 943
310 000	1 968
315 000	1 991
320 000	2 015
325 000	2 038

Jahresumsatz im Sinne von § 39 Absatz 5 bis ... Euro	Volle Gebühr (^{10}/10) Euro
330 000	2 062
335 000	2 084
340 000	2 107
345 000	2 129
350 000	2 149
355 000	2 172
360 000	2 193
365 000	2 213
370 000	2 234
375 000	2 255
380 000	2 268
385 000	2 295
390 000	2 313
395 000	2 332
400 000	2 351
410 000	2 388
420 000	2 424
430 000	2 461
440 000	2 495
450 000	2 530
460 000	2 564
470 000	2 596
480 000	2 629
490 000	2 658
500 000	2 687
vom Mehrbetrag über 500 000 Euro je angefangene 50 000 Euro	156

Fußnoten

Anlage 1 bis 4: IdF d. Art. 8 Nr. 12 V v. 25.6.2020 I 1495 mWv 1.7.2020

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH